Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

2.9.1930 (No. 203)

Visual Library

Nr. 203 Dienstag, den 2. September 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die 24 Reichswahlvorschläge

Noch genug Splitterparteien

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichswahlleiters trat am Montagnachmittag in **Berlin** der **Reichswahlausschuß** zusammen, um die eingereichten Reichswahlvorschläge auf ihre Gültigkeit zu prüfen. Eingereicht waren 30 Reichswahlvorschläge, von denen **sechs gestrichen** werden mußten, weil sie den Vorschriften nicht genügten und weil sie zumeist nicht die Zahl von 500 gültigen Unterschriften aufwiesen.

Die Reichswahlvorschläge der bisher im Reichstag vertreten gewesenen Parteien sind sämtlich zugelassen worden. Eine Änderung trat insofern ein, als die Konservative Volkspartei und die **Deutsch-Hannoveraner** sich dem Reichswahlvorschlag „Deutsches Landvolk" angeschlossen haben. Auf einzelnen Listen wurden Kandidaten gestrichen, weil sie nicht rechtzeitig ihre Zustimmungserklärung eingereicht hatten; so wurden auf der Liste des Zentrums vier Personen, die allerdings an aussichtsloser Stelle standen, von der Liste entfernt. Der Reichswahlvorschlag der Deutschen Staatspartei wurde unter Nr. 6 vollständig zugelassen.

Unter den Listen, die gestrichen wurden, befand sich auch ein Wahlvorschlag unter dem Titel „Radikale Deutsche Staatspartei", der in Rheinhessen und Westfalen eingereicht worden war. Er hatte in Köln zwar über 500 Unterschriften aufgebracht, aber es erwies sich bei der Prüfung, daß davon eine große Anzahl nicht von den genannten Personen selber gegeben worden war. In den anderen Wahlkreisen wurde nicht einmal die Zahl 500 erreicht; der Reichswahlvorschlag „Radikale Deutsche Staatspartei" wurde deshalb für ungültig erklärt.

Dasselbe galt für solche kuriose Bildungen, wie die „Menschheitspartei" und den Reichswahlvorschlag „Recht werde Macht". Dieser Wahlvorschlag war von einem Kapellmeister Schmidt aus Köln eingereicht worden. Außer ihm standen noch zwei weitere Kandidaten auf der Liste. Dieser Wahlvorschlag wies zwar 500 gültige Unterschriften auf, aber die einreichenden Unterschriftberechtigten hatten erklärt, daß sie nur einen Reichswahlvorschlag, aber keine Kreiswahlvorschläge einreichen wollen.

*

Es wurden folgende 24 Parteien für zugelassen erklärt:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Deutsche Zentrumspartei,
4. Kommunistische Partei Deutschlands,
5. Deutsche Volkspartei,
6. Deutsche Staatspartei (Deutsche Demokratische Partei, Volksnationale Reichsvereinigung und verwandte Gruppen),
7. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
8. Bayerische Volkspartei,
9. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
10. Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei),
11. Volksrechtpartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung und Christlich-Soziale Reichspartei).
12. Deutsche Bauernpartei,
13. Landbund,
17. Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
18. Freibund des Handwerks, Kleinhandels und Gewerbes (Reichsbund des deutschen Mittelstandes),
19. Nationale Minderheiten Deutschlands,
20. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft,
21. Partei gegen den Alkohol,
22. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenpartei, der deutschen Mannschaft einschließlich der Abgefundenen,
23. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
24. Haus- und Grundbesitzer,
25. Arbeiterpartei für das arbeitende und schaffende Volk,
26. Mieter- und Volksrechtspartei,
27. Handel, Handwerk und Hausbesitz.

Die vom Reichsinnenminister unter den Nummern 14, 15 und 16 vorgesehenen Reichswahlvorschläge **fallen aus**, da die betreffenden Parteien (Deutsch-Hannoversche Partei, Sächsisches Landvolk und Konservative Volkspartei) anderen Reichswahlvorschlägen eingeschlossen sind.

Hearst aus Paris ausgewiesen?

WTB. Paris, 2. Sept. (Tel.) Der „Figaro" fragt: Ist es wahr, daß der amerikanische Zeitungsverleger **Hearst**, der in einem Pariser Hotel abgestiegen ist, gestern nachmittag um 2 Uhr einen **Ausweisungsbefehl** erhalten hat? Bekanntlich, so erklärt der „Figaro", war Hearst beschuldigt, die **Beschaffung des französisch-englischen Flottenkompromisses** zu Zwecken der Veröffentlichung begünstigt zu haben.

Die Friedensverhandlungen in Indien gescheitert?

WTB. London, 2. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph" berichtet aus **Allahabad**: Die beiden liberalen Führer **Sapru** und **Jayakar**, die am Samstag und Sonntag im Gefängnis von Naini eingehend mit den beiden **Nehrus** berieten, haben sich mit einem an **Gandhi** gerichteten Brief der Nehrus nach Poona begeben. Es verlautet, daß die beiden Nehrus **unnachgiebig** sind, so daß die **Verhandlungen gescheitert** sind. Es ist zu befürchten, daß jetzt die Einstellung der Bewegung des zivilen Ungehorsams von seiten des Kongresses äußerst unwahrscheinlich ist.

Letzte Nachrichten

Kabinettsberatung zur Außenpolitik

Curtius wiederhergestellt

M. Berlin, 2. Sept. (Priv.-Tel.) **Reichsaußenminister Dr. Curtius ist entgegen anderslautenden Meldungen vollkommen wiederhergestellt und wird sich in den nächsten Tagen nach Genf begeben. Am Mittwoch findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit den Genfer Fragen, also in erster Linie mit der Saarfrage und mit der Stellung Deutschlands zu Briands Memorandum, beschäftigen wird. In ihr wird Dr. Curtius Bericht erstatten. Der Reichskanzler nimmt nicht an den Beratungen teil, sondern bleibt in seinem schlesischen Wahlkreis.**

Das Duell Poincaré-Treviranus

Eine französische Stimme

WTB. Paris, 2. Sept. (Tel.) Die radikale Zeitung „Volonté" beschäftigt sich mit dem **Artikelduell Poincaré—Treviranus**. Das Blatt ist vernünftig genug, die sachlichen Einwände beider Autoren zu beleuchten. Es schreibt, das Dokument **Treviranus'** sei ausgezeichnet und sehr vernünftig. Der junge deutsche Staatsmann scheine die derzeitigen Realitäten des internationalen Lebens bei weitem besser begriffen zu haben als der alte lothringische Staatsmann. Treviranus wisse mit einem Taktgefühl zu sprechen, das die Aufrichtigkeit nicht ausschließe.

Poincaré habe einen Artikel geschrieben, dessen juristische Haarspaltereien doch nicht die Unrichtigkeit der aufgeführten Tatsachen verdecken könne. Frankreich habe Deutschland keine Konzessionen gemacht, denn jede französische Geste zugunsten Deutschlands sei nur im Austausch gegen deutsche Gesten oder Garantien erfolgt, deren Bedeutung für Frankreich groß gewesen sei. Treviranus habe leichtes Spiel gehabt, als er Poincaré hieran erinnerte. Treviranus weise auch darauf hin, daß **die Verträge für Europa** geschaffen seien, nicht aber Europa für die Verträge. Treviranus, der dank seiner Jugend die Zukunft begreife, gebe hier eine elementare Wahrheit wieder. Möge man doch in Frankreich so ehrlich, mutig und weitblickend sein, das anzuerkennen.

Die polnische Hafenfrage

Eine Note Danzigs an den Völkerbundskommissar

WTB. Danzig, 2. Sept. (Tel.) Die **Antwort Danzigs** auf die polnische Stellungnahme zu der Danziger Note in der Frage des **Konkurrenzhafens Gdingen** ist gestern dem Oberkommissar des Völkerbundes zugeleitet worden.

Die Note setzt sich im einzelnen mit den polnischen Behauptungen auseinander und führt insbesondere den Beweis, daß die polnische These von der Notwendigkeit **zweier Häfen** für den Außenhandel Polens nicht zu halten ist. Der Außenhandel Polens könne im Höchstfalle 11 Millionen erreichen, während das Fassungsvermögen des Danziger Hafens 12 Millionen mindestens betrage und das von Gdingen nach den polnischen Plänen auf 15 Millionen Tonnen gebracht werden soll. Es bestehe auch keine Aussicht, daß der seewärtige Verkehr Polens in Zukunft eine Steigerung erfahre. Im Gegenteil sei anzunehmen, daß die polnische Ausfuhr immer mehr über die Landgrenzen geht, je mehr Handelsverträge mit den europäischen Staaten abgeschlossen werden. Polen habe den Charakter eines **Binnenhandelsstaates**. Polens Verhalten sei weder mit dem Begriff des Fair play noch mit dem Rechtsstandpunkt vereinbar. Danzig verlange nur die Durchführung einer Entscheidung des Völkerbundskommissars. Dagegen bedeute das Verhalten Polens einen Vorstoß gegen die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit Danzigs. Der Antrag Danzigs, Polen zur Innehaltung der vertraglichen Verpflichtungen einer vollen Ausnützung des Danziger Hafens zu veranlassen, wird daher in vollem Umfange aufrechterhalten.

Memeler Landtagswahl am 10. Oktober

WTB. Memel, 2. Sept. (Tel.) In einer Sonderausgabe des „Amtsblattes des Memelgebietes" werden die **Wahlen für den neuen Landtag** vom Gouverneur und dem Präsidenten des Direktoriums des Memelgebietes auf den **10. Oktober d. J.** festgesetzt.

Verhaftung eines Danzigers in Polen

WTB. Danzig, 2. Sept. (Tel.). Nach einer amtlichen Mitteilung ist am Sonntag der Danziger Staatsangehörige **Theodor Sukowski** von der **polnischen Polizei** auf dem Bahnhof **Dirschau** in dem Augenblick, als er mit seiner Frau nach Danzig fahren wollte, verhaftet worden. Über die Gründe der Verhaftung des Genannten wurden Angaben nicht gemacht. Der Senat hat die diplomatische Vertretung Polens in Danzig gebeten, den Sachverhalt aufzuklären und möglichst eine umgehende Freilassung des Verhafteten zu erwirken.

Polnische Entschuldigung

WTB. Lodz, 2. Sept. (Tel.). Der **Stadtstarost** sprach gestern im deutschen Konsulat vor, um im Namen des Wojwoden das **Bedauern über den Zwischenfall** vor dem Konsulat auszusprechen. Der Starost gab hierbei die **Versicherung ab**, daß die an diesen Vorfällen Schuldigen festgenommen und bestraft werden würden.

Der Wohnungsbestand im Deutschen Reich

Anfang 1930

Die nachstehenden Angaben, die wir der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" entnehmen, sind unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Reichswohnungszählung 1927 — die durch Schätzung anhand der Teilzählung in den Gemeinden unter 5000 Einwohner, wie die Ergebnisse der Volkszählung 1925 ergänzt wurden — gewonnen und in der Folgezeit durch die Bautätigkeitsstatistik fortgeschrieben worden. Abweichungen zwischen der Bestandsermittlung der Neuwohnungen und den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik ergeben sich daraus, daß in der Zeit von 1919 bis 1924 die An-, Um- und Aufbauten zum Teil nicht in die Bautätigkeitsstatistik mit einbezogen wurden.

Der Wohnungsbestand Anfang 1930

Länder und Landesteile	Zahl der Wohnungen	darunter Neuwohnungen* Zahl	darunter Neuwohnungen* %
Prov. Ostpreußen	521 000	73 000	14,1
Stadt Berlin	1 271 000	129 000	10,1
Prov. Brandenburg	703 000	107 000	15,2
Prov. Pommern	455 000	60 000	13,2
Prov. Grenzm. Posen-Westpr.	79 000	15 000	19,2
Prov. Niederschlesien	840 000	101 000	12,0
Prov. Oberschlesien	323 000	60 000	18,6
Prov. Sachsen	872 000	113 000	12,9
Prov. Schleswig-Holstein	396 000	51 000	13,0
Prov. Hannover	771 000	106 000	13,8
Prov. Westfalen	1 042 000	178 000	17,1
Prov. Hessen-Nassau	602 000	87 000	14,5
Rheinprovinz	1 758 000	227 000	15,3
Hohenzollern	19 000	2 000	9,9
Preußen	9 651 000	1 360 000	14,1
Landesteil Südbayern	757 000	97 000	12,8
Landesteil Nordbayern	729 000	100 000	13,3
Landesteil Pfalz	226 000	35 000	15,3
Bayern	1 712 000	232 000	13,5
Sachsen	1 409 000	148 000	10,5
Württemberg	648 000	104 000	16,1
Baden	574 000	88 000	15,3
Thüringen	418 000	53 000	12,6
Hessen	339 000	54 000	16,0
Hamburg	337 000	47 000	14,1
Mecklenburg-Schwerin	172 000	17 000	9,9
Oldenburg	126 000	18 000	14,5
Braunschweig	135 000	13 000	9,4
Anhalt	96 000	12 000	12,2
Bremen	95 000	15 000	15,7
Lippe	40 000	6 000	15,0
Lübeck	37 000	7 000	18,6
Mecklenburg-Strelitz	28 000	3 000	10,4
Schaumburg-Lippe	13 000	2 000	17,1
Deutsches Reich	15 829 000	2 179 000	13,8

Der Neuwohnungsbestand hat für die Unterbringung der Gesamtbevölkerung angesichts der starken Bautätigkeit der letzten Jahre erheblich an Bedeutung gewonnen. Nach Maßgabe der bei der Reichswohnungszählung 1927 ermittelten durchschnittlichen Belegung der Neuwohnungen lebten Anfang 1930 von den 64,1 Millionen **Einwohnern** Deutschlands (ohne Saargebiet etwa 9 Millionen, d. s. 14 Prozent, **in neuerrichteten Wohnungen**. Etwa 35 Prozent der Neuwohnungen sind — nach vorläufigen Ermittlungen — Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Wohnräumen (einschl. Küche). Bei den Altwohnungen beträgt der entsprechende Anteil 47 Prozent.

Der Wohnungsbestand nach Gemeindegrößenklassen Anfang 1930

Gemeinden mit Einwohnern	Zahl der Wohnungen	darunter Neuwohnungen* Zahl	darunter Neuwohnungen* %
unter 10 000	7 551 000	1 026 000	13,6
10 000 bis 50 000	2 203 000	354 000	16,1
50 000 bis 200 000	1 661 000	251 000	15,1
über 200 000 ohne Berlin	3 143 000	419 000	13,3
Berlin	1 271 000	129 000	10,1
insgesamt	15 829 000	2 179 000	13,8

Die Verteilung der Wohnungen auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen ergibt unter Berücksichtigung der verschiedenen städtischen Umgemeindungen, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, das folgende Bild: In den kleineren und mittleren Städten ist eine verhältnismäßig regere Bautätigkeit entfaltet worden als in den großen Städten. Mit einem Anteil von 16 Prozent Neuwohnungen stehen die Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern an der Spitze. Die

* D. s. nach dem 1. Juli 1918 erstellte Wohnungen.

Viermillionenstadt Berlin liegt mit 10 Prozent erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. Wie aus der Statistik der Bautätigkeit zu entnehmen ist, stammt der Vorsprung der kleineren Städte noch aus den Jahren 1919 bis 1926, während sich von 1927 ab das Schwergewicht der Bautätigkeit mehr und mehr nach den Großstädten verschoben hat.

Die einzelnen Reichsgebiete weisen in ihrem anteilmäßigen Bestand an Neuwohnungen verhältnismäßig erhebliche Unterschiede auf.

Eine französische Visumverweigerung

Das französische Generalkonsulat in Berlin hat dem General Conrad **v. Moltke**, der das Grab seines Sohnes besuchen wollte, das Visum für die Einreise nach Frankreich nicht erteilt. Das Auswärtige Amt will den Fall in Paris aufgreifen.

Das französische Konsulat hatte dem General mitgeteilt, daß „die formellen Instruktionen der Regierung den Konsulaten untersagen, die Pässe derjenigen Personen zu visieren, welche sich auf der **Liste der Kriegsbeschuldigten** befinden". Es bat ihn weiter mitzuteilen, ob er während des Krieges das 22. oder 122. preußische Inf.-Regt. befehligt habe, da ein General von Moltke wegen strafbaren Handlungen in Longwy auf der Liste stehe. Der Generalmajor a. D. erwiderte, daß er es unter seiner Würde halte, eine Erklärung abzugeben. Lediglich zur Charakterisierung der Liste stelle er fest, daß ein General, wie er auf der Liste stehe, niemals existiert habe. Und er verzichte auf das Visum und auf die Reise.

Die „Frankf. Ztg." erinnert an den **Fall Nathusius** und schreibt: Daß in den Büros der französischen Konsulate die sogenannte Liste der Kriegsverbrecher noch als ein amtliches Instrument gebraucht wird, das ist etwas, was mit einem Federzuge aus der Welt zu schaffen wäre. Vor sechs Jahren hatte die Verhaftung des Generals von Nathusius, der sich am Allerseelentage — ein Visum war für diesen Tag nicht nötig — zum Besuch der deutschen Kriegergräber nach Lothringen begeben hatte, schon zu Auseinandersetzungen geführt, die der Verständigung nicht förderlich waren. Nathusius wurde vom Kriegsgericht in Lille zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, von der Regierung Herriot allerdings sofort begnadigt. Die Begnadigung löste freilich weder den Einzelfall im Sinne des Rechts noch die politisch so wichtige Frage, ob die „Liste" abgeschafft werden solle. Immerhin, man hörte seitdem nichts mehr von ihr. Nun wird bekannt, daß die französischen Konsulate sie noch immer anwenden müssen. Die Regierung in Paris hat noch keine Instruktion zur Außerkraftsetzung erlassen.

Gefängnisstrafe für Goebbels. In der Serie der Beleidigungsprozesse gegen den Berliner nationalsozialistischen Führer Dr. **Goebbels** ist am Montag zum erstenmal eine Gefängnisstrafe ausgesprochen worden. Goebbels war wegen sechs Beleidigungen, die er in den vergangenen zwei Jahren in dem nationalsozialistischen Blatt „Der Angriff" gegen den Berliner Polizeipräsidenten **Weiß** gerichtet hatte, angeklagt. Wegen der Immunität, die er als Reichstagsabgeordneter genoß, konnte die Verhandlung erst jetzt durchgeführt werden. Er erhielt wegen Beleidigung und übler Nachrede eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen und 500 *RM* Geldstrafe. In der Begründung wird gesagt, der Vorwurf pflichtwidrigen Verhaltens und der Parteilichkeit sei nicht mehr mit Geldstrafe zu ahnden.

Die Sklareks entlasten Böß. In dem Disziplinarverfahren gegen den früheren Oberbürgermeister von Berlin wurden am Montag die beiden Brüder Leo und Willy Sklarek vernommen. Aus dieser Vernehmung, die nach den gesetzlichen Bestimmungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattzufinden hat, erfährt das „B. T.", daß die Sklareks aussagten, sie wüßten nicht, ob der Oberbürgermeister von den einzelnen Dingen Kenntnis gehabt habe oder hätte haben müssen. Ein persönlicher gesellschaftlicher Verkehr zwischen dem Oberbürgermeister und den Sklareks habe niemals bestanden. Der bekannten Pelzangelegenheit soll Oberbürgermeister Böß keinerlei Bedeutung beigelegt haben, so daß er nicht im entferntesten daran dachte, daß man ihm den Vorwurf unrichtiger oder unfairer Handlungsweise machen könnte.

Zur bevorstehenden Spielzeit in Freiburg werden sich einige neuverpflichtete Mitglieder dem Freiburger Theaterpublikum vorstellen. Edit Maerker, die vom Nationaltheater Mannheim kommt, singt bereits in der Eröffnungsvorstellung am 9. September „Der fliegende Holländer" die Partie der Senta. Kapellmeister Wilhelm Franzen aus Düsseldorf beginnt seine Tätigkeit mit einer Neueinstudierung des „Zar und Zimmermann", in der gleichzeitig der neue Baßbuffo Sanders Schir vom Stadttheater Königsberg auftritt und Dago Meybert die Tenorpartie singt. Weiter sind in Vorbereitung die Erstaufführungen der Opern „Simone Boccanegra" von Verdi und „Heimliche Ehe" v. Cimarosa, die der neuen jugendlich-dramatischen Sängerin Johanna von John und der Koloratursoubrette Ilse Wald Gelegenheit geben werden, in größeren Partien aufzutreten. Als erste Schauspielpremiere der neuen Spielzeit ist für Mittwoch, den 10. September, Georg Kaisers „Die Bürger von Calais" angesetzt. Die Chorproben sind schon seit längerer Zeit im Gange, und auch die Solisten haben in diesen Tagen ihr Rollenstudium wieder aufgenommen.

Ausstellung Lovis Corinth in Freiburg. Zu Beginn des neuen Arbeitsjahres des Freiburger Kunstvereins wurde am Sonntagvormittag im Kunstvereinsgebäude eine Ausstellung von zirka 150 Radierungen, Lithographien und Zeichnungen von Lovis Corinth eröffnet. Die Ausstellung vermittelt ein geschlossenes Bild von dem Schaffen dieses großen Impressionisten aus der Zeit seiner künstlerischen Reife bis zum Tode. Den Einführungsvortrag hielt Redakteur Dr. Rupert **Gießler** (Freiburg i. Br.). In einem Nebenraum sind außerdem noch 18 Ölgemälde des Freiburger Malers Hans von Cloßmann ausgestellt.

Die deutschen Gesangvereine. Eine Durchsicht des soeben erschienenen Jahrbuches des Deutschen Sängerbundes belehrt darüber, daß es nicht weniger als **15 000 deutsche Gesangvereine** mit 582 000 aktiven Mitgliedern gibt, 13 447 dieser Vereine haben ihren Sitz in Deutschland. Die anderen bestehen in Österreich, Tschechei, Schweiz, Polen und in den Vereinigten Staaten sowie in Südamerika. Natürlich sind wie immer nicht alle Vereine in einem einzigen Bund vereint. Es gibt noch Tausende von unorganisierten und von Arbeitergesangvereinen, deren Zahl nicht ganz ermittelt ist. Die meisten Gesangvereine gibt es ohne Zweifel in Sachsen, nämlich 1543 mit 56 198 Sängern. Württemberg steht an zweiter Stelle mit 1085 Vereinen, doch folgt **Baden** mit 1073 dicht auf dem Fuße. Unter den preußischen Provinzen hat Westfalen mit 982 Vereinen die Führung vor dem Rheinland mit 899 Vereinen. Bemerkenswert ist, daß es im Saargebiet, wo doch nur 780 000 Menschen wohnen, 291 Gesangvereine gibt, so daß das Saarland an sechster Stelle steht vor Berlin-Brandenburg mit 255 Vereinen und 11 000 Sängern. In Berlin hat also jeder Gesangverein im Durchschnitt 43 Mitglieder. Der Reichsdurchschnitt beträgt 37½.

Zur Wahlbewegung

Der Reichskanzler über die Wirtschaftslage

Reichskanzler Dr. **Brüning** sprach am Montag in **Mülheim an der Ruhr** in einer Kundgebung eds Zentrums. Man stehe nach Annahme des Youngplanes vor einem Einschnitt in der Geschichte, der von allergrößter Wichtigkeit sei. Jetzt komme es darauf an, daß das deutsche Volk, die deutsche Demokratie in der Lage sei, diese **finanzpolitische Freiheit** auch zum Wohle des deutschen Volkes, der deutschen Wirtschaft und des deutschen Vaterlandes auszunützen.

In einer Betrachtung über die **deutsche Wirtschaftslage** betonte der Reichskanzler, daß diese durchaus nicht so ungünstig sei, wie sie von Zweckpessimisten dargestellt werde. Deutschland könne durch die Senkung der Rohstoffpreise nur gewinnen, da es ein hochentwickeltes Land industrieller Veredelungswirtschaft sei. Die deutsche Handelsbilanz weise die Konsequenzen dieser Entwicklung bereits auf. Deutschland habe in den letzten Monaten einen **Ausfuhrüberschuß** gehabt, wie er noch nicht beobachtet gewesen sei. Deutschland habe die Reparationen in den letzten Monaten nicht mehr allein aus den neuen Anleihen bezahlt, sondern zu 60 Proz. aus dem reinen Ausfuhrüberschuß bezahlen können. Schließlich wandte sich der Redner noch gegen diejenigen Parteien, die die nationale Parole auf ihre Fahne geschrieben hätten, nur um das Chaos herbeizuführen und durch die Katastrophe die Rückkehr zu früheren Zeiten zu erreichen. Mit den Worten: „Nicht Katastrophen und Experimente, sondern Ordnung, nicht Phrasen und Versprechungen, sondern Wahrheit" schloß der Redner.

Ausschluß Dryanders aus dem Stahlhelm beantragt

CNB. **Berlin**, 2. Sept. (Priv.-Tel.) Wie dem „Tag" aus **Hagen** gemeldet wird, teilt der **Stahlhelm** (Landesverband Westfalen) folgendes mit: „Die Veröffentlichung einer konservativen Pressestelle am Niederrhein über eine Beleidigung des Reichsministers Treviranus durch einen Stahlhelmer durch Zwischenruf in einer Wahlversammlung zwingt den Landesverband festzustellen: Bis heute steht nicht einwandfrei fest, ob der betreffende Zwischenruf gegen den abwesenden Reichsminister oder gegen den Redner, Geheimrat von Dryander, gerichtet war. Da Herr von Dryander wegen des im übrigen unbeachteten Zwischenrufes den **Stahlhelmer bei der Staatsanwaltschaft** wegen Verletzung des Republikschutzgesetzes **anzeigte** und darüber hinaus den preußischen Justizminister auf den Fall aufmerksam gemacht hat, hat der Landesverband Westmark den sofortigen **Ausschluß** des Geheimrats von Dryander **aus dem Stahlhelm** beantragt."

Zehn Milliarden Spareinlagen

Die **Spareinlagen im Reich** stiegen im **Juli** von 9912 auf 10 008 Mill., das bedeutet einen Zugang von 96 Mill. gegen 77 Mill. im Juni 1930 und 126 Mill. im Juli 1929. Gegenüber dem besonders ungünstigen Vormonat hat sich die Zunahme der Spareinlagen also wieder etwas gehoben. An das vorige Jahr reichte der Zuwachs aber noch bei weitem nicht heran. Zieht man den Anteil der Aufwertung und des Zinsenzuschlages ab, so betrug der Nettozuwachs diesmal 90,6 gegen 68,2 Mill. im Vormonat und 113 Mill. im Juli 1929. Die Giroeinlagen stellten sich auf 1509,5 gegen 1522,4 Mill. im Vormonat.

Eine Erklärung des Generalobersten Heye

Generaloberst **Heye** übermittelt der Öffentlichkeit zu seinem bevorstehenden Rücktritt eine Erklärung, in der es heißt:

Um den Gerüchten, die sich um meinen bevorstehenden Rücktritt gebildet haben, und die sich allmählich zum Schaden des Reichsheeres auswirken, ein Ende zu machen, erkläre ich, daß ich Anfang Juni d. J. aus eigenem Entschluß den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister um die Erlaubnis gebeten habe, als Abschluß der großen Rahmenübung 1930 mein Abschiedsgesuch einreichen zu dürfen. Diese Zustimmung habe ich erhalten. Wer, wie ich über 42 Jahre der Armee gedient hat, davon 20 Jahre in schweren und verantwortungsvollen Stellungen in Krieg und Frieden, wird meinen Wunsch verstehen, die Führung des Reichsheeres einer jüngeren Kraft zu überlassen. Mit politischen Fragen hat mein Rücktritt nicht das Geringste zu tun. Ich habe mich über den Rahmen meines Dienstes hinaus nie mit Parteipolitik beschäftigt. Für das, was während meiner Amtszeit als Chef der Heeresleitung von mir unterstellten Offizieren gesagt oder getan wurde, trage ich allein die Verantwortung. Ebenso stehe ich dafür ein, daß die Führung des Reichsheeres nach den Richtlinien des Reichswehrministers als dem verantwortlichen Mitglied der Reichsregierung erfolgt ist.

Nach meinem Ausscheiden nehme ich die feste Überzeugung mit, daß das Reichsheer in allen seinen Gliedern selbstlos und treu seinen Dienst ausübt.

Schwere Unruhen in Budapest

In der ungarischen Hauptstadt kam es am Montag bei Demonstrationen der Arbeiterschaft zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, so daß diese mit der blanken Waffe und Unterstützung von Panzerwagen mit Maschinengewehren gegen die Demonstranten vorgehen mußte. 200 Personen wurden mit Notverbänden versehen. Die Demonstranten stürzten u. a. elektrische Straßenbahnen um und plünderten Geschäfte und Kaffeehäuser. Auf beiden Seiten sind zahlreiche Verwundete zu verzeichnen.

Nach einem amtlichen Communiqué wird die Zahl der Demonstranten auf 15 000—20 000 geschätzt. Im Laufe der Zusammenstöße ist der Arbeiter Darnyik um. Leben gekommen. Von den Verletzten wurden 82 Personen von der Rettungsgesellschaft Hilfe geleistet. Zwei Polizisten wurden schwer und sieben leicht verletzt. Insgesamt wurden 191 Personen festgenommen. Gegen 131 Verhaftete, die als Rädelsführer angesehen werden, wird ein Strafverfahren eingeleitet.

Die chemische Weltproduktion

Die chemische Weltproduktion hat sich vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1929 von 10 050 auf 21 950 Mill. Reichsmark vermehrt. Im einzelnen haben daran teil: Die Vereinigten Staaten mit 3400 Millionen Reichsmark im Jahre 1914 bzw. 9450 Millionen Reichsmark im Jahre 1929, **Deutschland** mit 2400 bzw. 3600 Millionen Reichsmark, Großbritannien mit 1100 bzw. 2300 Mill. Reichsmark, Frankreich mit 850 bzw. 1500 Millionen Reichsmark, die übrigen Länder mit 2300 bzw. 5100 Mill. Reichsmark. Die chemische Weltproduktion hat sich nach dieser Statistik in den letzten 1½ Jahrzehnten um mehr als das Doppelte vermehrt und wird nun pro Jahr auf rund 22 Milliarden Reichsmark geschätzt. Obwohl die deutsche Produktion, die vor dem Weltkrieg alle europäischen Produktionen weit überragte, sich um rund 1200 Mill. erhöhte, ist ihr prozentualer Anteil an der Weltproduktion von 24,5 auf 16,5 Prozent gesunken. Vor allem wurde der deutsche Export an chemischen Erzeugnissen durch das englische Einfuhrverbot und das russische Einfuhrmonopol stark beeinträchtigt.

Kurze Nachrichten

Präsident Dr. von Olshausen †. Der Präsident des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Dr. Theodor von Olshausen, ist heute Nacht im Alter von 58 Jahren einem Herzschlag erlegen.

200 Jahre „Dresdner Anzeiger". Der „Dresdner Anzeiger" beging am Sonntag das Jubiläum seines 200jährigen Bestehens. Das Blatt war geraume Zeit ein reines Anzeigenorgan, bis es 1837 an Stadtrat Güntz verkauft wurde. Dieser gestaltete es allmählich zu einer Zeitung mit eigenem Text um und vermachte es 1856 in Form einer **Stiftung** der Stadt Dresden. Aus den Erträgnissen dieser Stiftung, die später durch das Hinzukommen der Blochmannschen Druckerei wesentlich erweitert wurde, hat Dresden im Laufe der Jahre beträchtliche Mittel für soziale Zwecke und zur Verschönerung der Stadt aufwenden können. Die Verwalter der Stiftung sind die jeweiligen beiden ersten Bürgermeister.

Unsinnige Gerüchte. In einem englischen Sonntagsblatt ist ein Artikel erschienen, der von einem **Militärbündnis zwischen Deutschland, Italien, Ungarn** und **Bulgarien** spricht. Das Blatt ist politisch nicht sonderlich ernst zu nehmen, hat aber doch eine gewisse Bedeutung, da es eine sehr große Auflage hat. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist an den Behauptungen kein wahres Wort.

Hugenberg erkrankt. Etwa 3000 Personen wollten in **Dortmund** am Montagabend Hugenberg hören. Er war jedoch erkrankt und hatte Fieber.

Verhaftung eines kommunistischen Spitzenkandidaten. Der Spitzenkandidat Südbayerns, **Buchmann**, ist in **Lenggries** verhaftet worden. Die Verhaftung Buchmanns, der sich auf einer Wahlreise befand, erfolgte unter Berufung auf § 166 des Strafgesetzbuches. Buchmann wird zur Last gelegt, in der Presse die Kirche beleidigt zu haben.

Untersuchung bei der Potsdamer Reichswehr. Einige Soldaten der Potsdamer Reichswehr sind beschuldigt worden, nationalsozialistische Propaganda getrieben zu haben. Das betreffende Regiment ist gegenwärtig im Manöver. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen und wird erst beendet werden können, wenn das Regiment aus dem Manöver wieder heimgekehrt sein wird.

Das Urteil im Opel-Prozeß. Wegen der Ausschreitungen im Rüsselsheimer Betrieb der Firma Opel wurde am Montag der Angeklagte **Junge wegen Hausfriedensbruch zu drei Wochen Gefängnis** verurteilt. Der hessische Landtagsabgeordnete **Sumpf** erhielt wegen Land- und Hausfriedensbruch drei Monate, zehn Tage Gefängnis, ebenso wurden andere Angeklagte zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Der 1. Deutsche Bautag, den der Bund Deutscher Architekten, der Deutsche Baupolizeiverein, die Freie Deutsche Akademie des Städtebaues, der Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine und die Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte auf Anlaß der Technischen Messe in Leipzig und der Hygieneausstellung in Dresden veranstaltet, begann in **Leipzig**.

Der Bahnschutz im Saargebiet. Der Präsident der Regierungskommission für das Saargebiet hat den Völkerbundsrat durch Schreiben vom 11. Juli und 25. August davon in Kenntnis gesetzt, daß die Regierungskommission beschlossen hat, den Bahnschutz im Saargebiet zum 31. August auf 250 Mann herabzusetzen. Die Regierungskommission überlasse etwaige weitergehende Beschlüsse dem Völkerbundsrat.

Der 5. internationale Luftfahrtkongreß wurde im **Haag** eröffnet. Der Vorsitzende der Kgl. holländischen Vereinigung für Luftfahrt, Ingenieur Frederic de Vogel wurde zum Präsidenten gewählt. De Vogel schlug vor, ein internationales Komitee für die Luftfahrt einzusetzen, das die künftigen Kongresse vorbereiten soll.

Der 1. Weltkongreß der katholischen Presse, an dem 240 Vertreter von 28 Nationen teilnehmen, ist in **Brüssel** eröffnet worden.

Die Versicherungsaufwertung

Gemäß § 59 Abs. 1 des Aufwertungsgesetzes sind auch auf Mark lautende **Rückgewähransprüche aus Unfallversicherungen** aufzuwerten, soferne die Prämienrückgewährversicherung am 14. Februar 1924 in Kraft war oder die Leistung unter Geltendmachung eines schriftlichen, nachweisbaren Vorbehaltes mit Rücksicht auf die Entwertung vor dem 14. Febr. 1924 erfolgte. Die Stellung eines derartigen Vorbehaltes erübrigt sich jedoch, wenn der Versicherer die Rückgewähransprüche in der Rückwirkungszeit (15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924) abgelöst hat.

Der **Teilungsplan der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-AG.**, Berlin, wurde vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung am 29. April 1927 mit einer **Quote von 12%** für aufzuwertende Rückgewähransprüche genehmigt. Dieser Aufwertungssatz gilt für die Verpflichtungen der nachstehenden Unternehmungen, soweit deren Bestände auf die Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-AG. übertragen wurden:

Providentia Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft, Deutscher Phönix Versicherungs-AG., Wilhelma in Magdeburg, Allg. Versicherungs-AG., Globus Versicherungs-AG., Arminia Deutsche Lebensversicherungsbank AG., Freia Bremen-Hannoversche Lebensversicherungsbank, Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft.

Wichtig für die in Betracht kommenden aufwertungsberechtigten Versicherungsnehmer ist, daß sie ihre Ansprüche von sich aus bei der Nachfolgegesellschaft zwecks Regelung geltend machen müssen. Eine Ausschlußfrist wurde bisher nicht festgesetzt.

In der **Lebensversicherungs-Aufwertung** wurden bisher von den Anstalten mit größerem aufzuwertenden Bestande die Teilungspläne der **Viktoria** zu Berlin, des **Guardian**, Lebensversicherungsgesellschaft von Amerika, der **Iduna** zu Halle sowie des **Phönix** (Wien) nicht genehmigt. Nähere Einzelheiten über die Lebensversicherungsaufwertung enthält ein Druckstück, welches auf Wunsch an Interessenten gegen Einsendung des doppelten Briefportos kostenlos vom Schutzverband der Lebens- und Feuerversicherten e. V., München 18, Neureuther Str. 13 abgegeben wird.

Gegen Doppelverdiener unter den Beamten

Der hessische Finanzminister **Kirnberger** hat an die ihm unterstellten Behörden ein **Ausschreiben gerichtet, das,** ausgehend von der Not der **Arbeitslosigkeit** besonders der älteren **Angestellten und Arbeiter,** den Wunsch weitergibt, die staatlichen und kommunalen Betriebe möchten bei Bedarf von Arbeitskräften in erster Linie ältere Leute, soweit geeignet und befähigt, beschäftigen. Der Frage der Doppelverdiener und der Nebenbeschäftigung von Beamten solle gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaftslage erscheine es notwendig, auf eine bessere Verteilung der freien Arbeitsplätze bedacht zu sein, um so die finanzielle Notlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden durch die große Zahl der Erwerbslosen und Ausgesteuerten nicht noch mehr zu verschärfen.

II

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aenderungen in der reichsgesetzlichen Krankenversicherung

Durch die Reichsverordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände sind insbesondere die gesetzlichen Bestimmungen über die Leistungen der Krankenkassen wesentlich geändert worden.

Von einschneidender Bedeutung ist hierbei zunächst, daß vor Inanspruchnahme der Krankenhilfe regelmäßig ein **Behandlungsschein** zu lösen ist, gleichgültig, ob Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitsfähigkeit besteht, ohne Rücksicht auch auf die Art und Ursache der Krankheit, zum Beispiel Betriebsunfall, Kriegsdienstleiden. Für den Behandlungsschein ist eine **Gebühr von 50** *Rpf* zu entrichten, die unter bestimmten Voraussetzungen ermäßigt oder erhöht werden kann. Für denselben Versicherungsfall ist die Gebühr nur einmal zu entrichten.

Das **Krankengeld** wird nunmehr ohne Ausnahme vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt, nicht wie bisher vom vierten Krankheitstage an. Hinsichtlich der Höhe des Krankengeldes sind die neuen Bestimmungen den Vorschriften des Reichsknappschaftsgesetzes nachgebildet worden, im Sinne einer Staffelung der Bezüge nach der Zahl der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen. Das Gesetz in seiner neuen Fassung beseitigt die Möglichkeit des Bezuges von **Krankengeld und Arbeitsentgelt nebeneinander,** die namentlich bei Angestellten in Betracht kommt. Der Anspruch auf Krankengeld ruht auch, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse **nicht** gemeldet ist, sofern die Meldung nicht innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt. Bei Entnahme von **Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln** ist an die Abgabestelle ein Kostenanteil von 50 *Rpf* für jedes Verordnungsblatt zu entrichten.

Diesen Einschränkungen in der Leistungsgewährung der Krankenversicherung stehen erhebliche **Erweiterungen** der Kassenleistungen gegenüber. So ist die Gewährung von **Familienhilfe** (freie ärztliche Behandlung, Arznei u. dgl. zur Hälfte) an die unmittelbaren Familienangehörigen bis zur Dauer von 13 Wochen als gesetzliche Pflichtleistung eingeführt. Ein Hauptziel der Neuregelung der reichsgesetzlichen Krankenversicherung ist die **Herabsetzung der Versicherungsbeiträge.** Über 6 v. H. des Grundlohnes dürfen die Beiträge nur zur Deckung der Regelleistungen oder auf **übereinstimmenden** Beschluß der Arbeitgeber und Versicherten erhöht werden. Außerdem bedarf es in Zukunft der ausdrücklichen Zustimmung des Reichsversicherungsamtes, wenn die Kassenbeiträge auf 7½ v. H. des versicherten Lohnes oder darüber hinaus festgesetzt werden sollen. Die Krankenkassen sind verpflichtet, möglichst bald die Beiträge unter Berücksichtigung der Änderungen der Reichsverordnung **neu festzusetzen.**

Die neuen Bestimmungen in der Krankenversicherung erfordern zwar im Hinblick auf die bisherige Regelung von der versicherten Bevölkerung gewisse Opfer, sie werden aber — wie die Erfahrungen der Praxis in den letzten Wochen bereits lehren — eine **wesentliche Minderung der Ausgaben** in der Krankenversicherung bringen, so daß die den Versicherten bei den Leistungen auferlegten Einschränkungen mehr als wettgemacht werden durch die Herabsetzung der Versicherungsbeiträge, die wie eine Lohnerhöhung zu werten ist.

Ein amerikanischer „Verbrecherkönig" verhaftet

Der Chicagoer „Unterweltkönig" **Diamond** wurde in **Aachen,** als er aus Belgien dort eintraf, **verhaftet.** Er war in **Antwerpen** mit dem Dampfer „Belgenland" aus Amerika eingetroffen. Es wurde ihm der Aufenthalt in Belgien untersagt, und er wurde, da sein Paß ein Visum für Deutschland trug, unter Polizeibedeckung in den nach Deutschland abgehenden Zug verbracht. Diamond, der „König der Newyorker Unterwelt", wurde dem Polizeigefängnis zugeführt und bis zur Erledigung der Auslieferungsverhandlungen in Haft bleiben. Er hatte etwa 50 000 *RM* Bargeld bei sich.

Die Verhaftung Jack Diamonds ist auf eine Anzeige der amerikanischen Botschaft in Berlin zurückzuführen. Auf die Meldung, daß Jack Diamond in Antwerpen von Bord gegangen sei, und auf einen Paß mit deutschem Visum reiste — als Reiseziel war Magdeburg angegeben — ließ der amerikanische Botschafter den deutschen Behörden mitteilen, daß er **ein Auslieferungsgesuch** an die deutschen Behörden **vorbereite.** Die Auslieferung wird wegen der **Ermordung eines New Yorker Kassenboten** begehrt.

Der französische Ozeanflug

Die französischen Ozeanflieger **Costes** und **Bellmonte,** die, wie gemeldet, Montag vormittag 10.55 Uhr in Le Bourget (bei Paris) zu einem Flug nach New York gestartet sind, überflogen um 15.5 Uhr Greenwichzeit (16.5 Uhr MEZ.) die Stadt Waterford an der irischen Südostküste. Um 14.55 Uhr Greenwichzeit (15.45 Uhr MEZ.) erreichte das Flugzeug bei Roßlar die **irische Ostküste.** Sie wollen nun den Schiffsweg bis Halifax verfolgen.

Die Leiche Andrées

Der Leiter der Expedition, welche die Leiche einbringt, der Norweger Dr. Horn, hat Pressevertretern erklärt, daß die Berichte, nach denen die Leichen gut erhalten seien, leider sehr übertrieben sind. Der Kopf Andrées ist von dem Rumpfe völlig getrennt, und von seinen Begleitern sind nur die Skelette übrig. Andrées Leiche konnte man identifizieren erst, nachdem das Tagebuch in seiner Tasche gefunden worden war. Man nimmt an, daß die Expedition Andrées infolge Ermattung untergegangen ist. Unter den gefundenen Gegenständen befindet sich sehr viel Munition, woraus man schließt, daß die Expedition Möglichkeiten zum Verproviantieren gehabt habe, aber wegen der Ermattung diese Möglichkeiten nicht ausnutzen konnte. Die Instrumentenkasten, die Dr. Horn gefunden hat, sind noch nicht aufgetaut und konnten bisher nicht geöffnet werden. Das Tagebuch ist ein einziger Eisklumpen; aber Dr. Horn glaubt, daß die meisten Aufzeichnungen entziffert werden können. Ein Berichterstatter meldet, daß das Buch nur eine Fortsetzung war und nur ein paar Seiten umfasse. Dr. Horn glaubt, daß noch weitere Funde auf der Insel Vitön gemacht werden können, und schlägt eine neue Expedition in kürzester Zeit vor.

Die Tochter des Reichsministers Dr. **Curtius** hat sich mit dem Referendar Dr. **von Haeften** vermählt. Der Reichskanzler hat den Eltern und dem jungen Paar seine Glückwünsche ausgesprochen.

Am Fuße der Nordwand des Rosengartens (Dolomiten) stürzten zwei junge Berliner von einer 400 Meter hohen Felswand tödlich ab.

Im Gebiet des **Wilden Kaisers** wurde eine Münchner Touristin aufgefunden, die durch einen Steinhagel den Tod gefunden hatte. Ihr Begleiter war schwer verletzt. Es ist dies der zwanzigste, tödlich verlaufene Bergsteigerunfall am Wilden Kaiser in diesem Jahr.

Auf einer Alp in Verzascatal (Südschweiz) wurde ein elfjähriger Knabe von einer **großen Viper** in ein Bein **gebissen,** er starb daran.

Badischer Teil

Die Hybridenfrage

Der 36. Deutsche Weinbaukongreß, der gegenwärtig in **Trier** stattfindet, wurde eingeleitet mit einer Reihe von Ausschußsitzungen, darunter auch der des Reichsausschusses für Reblausbekämpfung. Dabei wurde auch die **Hybridenfrage** behandelt.

Der Direktor des Badischen Weinbauverbandes, Dr. **Müller** (Karlsruhe), referierte über die Entwicklung der Hybridenweinfrage und über die Haltung der badischen Regierung hierzu. Nach dem neuen Weingesetz sei nunmehr für den Verkauf von Hybridenweinen **Deklarationszwang** vorgesehen und von 1935 an der Verkauf wie auch der weitere Anbau der Hybridenreben verboten. Daraufhin sei zwar der Anbau von Hybridenreben eingeschränkt worden, aber nicht ganz verschwunden, da das Gesetz die Verwendung von Hybridenweinen im Haushalt nicht verbiete. Der Anbau sei in Baden stärker lediglich in der Ortenauer und Bühler Gegend. Die Umstellung auf heimische Reben sei hier nicht schwer. Schwieriger liege das aber in dem Gebiet zwischen Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim, da dort die Rebbauern die Hybriden nur für den eigenen Bedarf zögen.

Weinbaudirektor **Brauer** (Neustadt a. d. H.), verbreitete sich über die Hybridenpflanzungen in der Pfalz, die etwa 260 Hektar umfassen. Dort sei die Umstellung auf andere Reben nicht möglich. Diese müßten vielmehr auf Erdbeeren, Spargel und Obst umgestellt werden.

In der Aussprache betonte Ministerialdirektor Dr. **Streil** (Berlin), daß nach dem Gesetz die strenge Durchführung des Verbots des Verkaufs von Hybridenweinen vorgesehen sei. Präsident Dr. Müller erklärte, es sei besser, wenn die Regierung darauf hinwiese, daß sie unter allen Umständen für Ausnahmebestimmungen nicht zu haben sei.

*

Bei der Eröffnung der Weinbauausstellung sprach gleichfalls Dr. h. c. **Müller** (Karlsruhe) als Präsident des Deutschen Weinbauverbandes. Besonderes Interesse beansprucht auch die Ausstellung der vielen Mittel zur Bekämpfung der Schädlinge. Systematisch aufgebaut zeigt die Lehranstalt in vier Räumen ihre Arbeiten auf vier bedeutenden Forschungsgebieten: Weinbau, Kellerwirtschaft und Weinforschung, Bekämpfung der Frostgefahr und Meteorologie. Mit der Weinbauausstellung ist auch eine Kunstausstellung verbunden.

Die erste öffentliche Kongreßsitzung wurde durch Präsident **Müller** eröffnet. Insbesondere begrüßte er Reichskanzler Dr. **Brüning** sowie die Vertreter der Regierungen von Baden, Bayern, Hessen, Württemberg, Preußen und Sachsen, ferner den Präsidenten des Internationalen Weinamtes in Paris, **Barthe,** des weiteren Dr. **Schellenberg,** den Sachverständigen der Schweiz.

Die badische Volksschuljugend und das Auslandsdeutschtum

Der Verein für das Deutschtum im Ausland, Landesverband Baden, schreibt uns:

Die Jugend der badischen Volksschulen zeigt nicht nur im Unterricht Interesse für das Auslandsdeutschtum, über das die neuen Volksschullesebücher in zahlreichen Lesestücken Kunde bringen — sie hat in den letzten Jahren auch **praktische Arbeit** für die Erhaltung des deutschen Volkstums außerhalb der Reichsgrenzen geleistet und durch ihr selbstloses, vorbildliches Wirken in ganz erheblichem Maße an dieser wichtigen Volksaufgabe mitgearbeitet. Unter der verständnisvollen Mithilfe der Lehrerschaft hat sie sich in den Dienst der **Hilfstage** gestellt, welche der Landesverband Baden des Vereins für das Deutschtum im Auslande seit einigen Jahren zur Erhaltung deutscher Kultureinrichtungen veranstaltet. Was ihr zu verdanken ist, dafür mögen einige Zahlen sprechen. Sie hat durch ihre Straßen- und Haussammlungen, die in allen Teilen des Landes stattfanden, folgende Beträge gesammelt:

1927	32 000 Reichsmark,
1928	33,000 „
1929	37 000 „

Die badische Volksschuljugend hat somit durch die Tat bewiesen, daß es möglich ist, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dem schwer bedrängten deutschen Volkstum im Auslande hilfreich zur Seite zu stehen. Sie hat vor aller Welt bekundet, daß es ihr ernst ist um den deutschen Volksgedanken, daß sie von der kulturellen und geistigen Not des Auslandsdeutschtums nicht nur hören, nein, daß sie etwas tun, daß sie helfen will. **Die badische Jugend für die auslandsdeutsche Jugend:** das war das Losungswort, das Lehrer und Schüler leitete. Wenn im Vorjahre nicht weniger als 754 badische Volksschulen den Hilfstag für das Grenz- und Auslandsdeutschtum durchgeführt haben, dürfen wir auch für dieses Jahr die bestimmte Hoffnung hegen, daß trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Jugend der badischen Volksschulen sich mit ihrem alterprobten Eifer für den Hilfstag zugunsten der deutschen Schulen im Auslande einsetzen wird.

Mittlere Hopfenernte in Baden

In den Hopfenbauorten des unterbadischen Hopfengebietes hat, wie aus **Schwetzingen** berichtet wird, die Hopfenernte allgemein begonnen und in den letzten schönen Sommertagen gute Fortschritte gemacht, so daß der Frühhopfen bereits überall von der Stange ist und schon einige Partien bei dem herrschenden Sonnenbrand bis zur Sackreife durchbehandelt sind. Auch der spätere Hopfen wird jetzt durchgehends abgeerntet. Im Hinblick auf den auffallenden **Rückgang der Hopfenanbaufläche,** der in den letzten zwei Jahren eingetreten ist, werden die Erntearbeiten in viel kürzerer Zeit erledigt werden als sonst. Die vielen auswärtigen Hopfenpflücker aus dem Odenwald und dem Kraichgau, die in früheren Jahren zu Beginn der Hopfenernte eintrafen, sind heuer ausgeblieben. Von einer Vollernte kann in diesem Jahre nicht die Rede sein, wie überhaupt das Erträgnis bei den einzelnen Pflanzungen sehr verschieden ist. Die Schätzung lautet auf eine **Mittelernte.** Preise werden noch keine genannt.

Tagung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht des Allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins

Die für den 7. und 8. Oktober d. J. angekündigte Tagung wird mit Rücksicht auf die zahlreichen pädagogischen Tagungen der ersten Oktoberhälfte auf den 4. und 5. Januar 1931 verlegt.

Das Programm bleibt unverändert. Den einleitenden Vortrag hält Frau Ministerialrat Dr. Gertrud **Bäumer** (Berlin), den Hauptvortrag Frau Dr. Hildegard **Hetzer** (Wien).

Aus den Parteien

Die Listen der **Deutschnationalen Volkspartei** in den Wahlkreisen **Baden** und **Württemberg** sind verbunden worden. Die badische Liste wird geführt von Landgerichtsdirektor Dr. Alfred **Hanemann,** während die württembergische Liste Dr.-Ing. e. h. Fritz **Wider,** Fabrikant in Stuttgart, M. d. L., führt.

Aus der Landeshauptstadt

Die nächste Tagung des Karlsruher Schwurgerichts beginnt am 8. September. Zur Verhandlung stehen ein Pressebeleidigungsprozeß sowie drei Meineidsfälle.

Warnung vor einem Betrüger. Hier treibt zur Zeit ein Schurke sein Unwesen, der darauf ausgeht, sogar das Elend der Arbeitslosen noch für seine Zwecke auszunützen, indem er ihnen vorspiegelt, er könne ihnen Arbeit verschaffen, sich für diese „Vermittlung" bezahlen läßt und dann mit dem Raub verduftet. Dabei wendet er allerlei Tricks an, um seine Opfer sicherzumachen, sich in ihr Vertrauen einzuschmeicheln und sie dann zu begaunern. So schwindelte er vorgestern einem jungen Bäcker unter dem Vorgeben, er wolle ihm eine Stelle besorgen, ein Sparkassenbuch über 1000 Reichsmark ab und hob daraufhin das Geld von der Kasse ab. Heute wird von einem weiteren Opfer des Schurken berichtet: Ein lediger Kraftwagenführer ist von dem Burschen um 1400 Reichsmark auf ähnliche Art betrogen worden. Inzwischen ist festgestellt worden, daß es sich bei dem Betrüger um einen ledigen, 28jährigen Mechaniker namens Westermann handelt, der von der Polizei gesucht wird.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die alte Hochdruckwetterlage ist heute wieder hergestellt, womit nach der gestrigen, vorübergehenden Bewölkung wolkenloses Wetter eingetreten ist. **Voraussage:** Fortdauer des heiteren, trockenen und tagsüber warmen Wetters bei östlichen Winden.

Gemeinderundschau

Die Eingemeindungsverhandlungen Mannheims mit Seckenheim scheinen nun zum Ziele zu führen. In der vergangenen Woche hat der Gemeinderat von Seckenheim sich in mehreren Sitzungen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und seine Einsprüche gegen den ursprünglichen Vertragsentwurf zurückgezogen. Vorausgesetzt, daß bei den am Donnerstag stattfindenden Sitzungen des Gemeinderats Seckenheim sowie des Stadtrats Mannheim zustimmende Beschlüsse gefaßt werden, wird also die letzte und entscheidende Instanz, der Bürgerausschuß, die Entscheidung herbeizuführen haben.

Die Städtische Sparkasse Bühl hat mit Wirkung ab 1. September für sämtliche Hypothekendarlehen den Zinsfuß abermals ermäßigt; er beträgt nunmehr 7,5 Proz. bei voller Darlehenszahlung. Der Zinsfuß für Spareinlagen bleibt in der bisherigen Höhe bestehen.

Vom kleinen Grenzverkehr. Die Städte Achern, Bühl und Lahr sind in dem inzwischen ratifizierten Protokoll insofern in den „Kleinen Grenzverkehr" einbezogen worden, als ihren Einwohnern Erleichterungen für den Personenverkehr nach dem Elsaß zugestanden werden wie den Bewohnern der eigentlichen Grenzzone. Dagegen genießen die Einwohner von Achern, Bühl und Lahr keine Zollerleichterungen.

Höhere Verzinsung der Aufwertungsguthaben in Freiburg. Der Stand der Aufwertungsmasse ermöglicht es der Öffentlichen Sparkasse Freiburg i. Br. (Städtische Sparkasse), die noch bestehenden Aufwertungsguthaben für die Jahre 1929 und 1930 mit 5 Prozent pro Jahr zu verzinsen, statt mit dem gesetzlichen Satze von 3 Prozent. Der höhere Zins wird den alten Einlegern ohne weiteres gutgeschrieben.

Der Bürgerausschuß St. Georgen i. Schw. hat die **Umschuldung** eines von der Dedi-Bank, Filiale Villingen, im letzten Jahre erhaltenen Kredits in Höhe von 250 000 Reichsmark in ein festes Darlehen bei der Bad. Kommunalen Landesbank in Mannheim einstimmig bewilligt. Das Kapital ist mit 8 Prozent zu verzinsen. Weiterhin wurde die Kapitalaufnahme von 17 000 Reichsmark beim Bezirkswohnungsverband Villingen-Land für den Wohnungsbau genehmigt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. September Geld	2. September Brief	1. September Geld	1. September Brief
Amsterdam 100 G.	168.56	168.90	168.59	168.93
Kopenhagen 100 Kr.	112.16	112.38	112.18	112.40
Italien . . 100 L.	21.91	21.95	21.91	21.95
London . . 1 Pfd.	20.37	20.41	20.371	20.411
New York . 1 D.	4.184	4.192	4.185	4.193
Paris . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.46	16.50
Schweiz . 100 Fr.	81.34	81.50	81.355	81.515
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.16	59.28
Prag . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.427	12.442

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. August hat sich in der Ultimowoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 657,7 Millionen Reichsmark auf 4707,4 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 57,7 Millionen Reichsmark auf 442,9 Millionen Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 12,9 Millionen Reichsmark auf 2988,0 Millionen Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 55,6 Proz. gegen 64,7 Proz. in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 63,5 Proz. gegen 73,5 Proz.

Schnellpressenfabrik Heidelberg. Die am Samstag in Berlin abgehaltene ordentliche Generalversammlung, in welcher bekanntlich die drei zum Richard-Kahn-Konzern gehörenden Gesellschaften, nämlich die Schnellpressenfabrik AG. in Heidelberg, die Ver. Fabriken C. Maquet AG. in Heidelberg und die „Mag" Maschinenfabrik AG. in Geislingen, vereinigt sind, erledigte — wie das „Heidelb. Tagbl." berichtet — die regelmäßigen Gegenstände der Tagesordnung und setzte die Dividende auf wieder 10 Proz. fest. Mitteilungen über den Geschäftsgang wurden nicht gemacht. Die Verwaltung teilte lediglich mit, daß ein kürzlich herausgekommener Artikel, und zwar ein neuer Typ im Mühlenbau, sich günstig entwickle. Insbesondere erhoffe man hieraus ein gutes Exportgeschäft. Im laufenden Jahr ist ein kleiner Rückgang des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr, nämlich um etwa 2,8 Proz., festzustellen.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim,** 1. Sept. Am Sonntagvormittag wurde die von der **Neuapostolischen Gemeinde** Mannheims erbaute, architektonisch ganz modern gehaltene **Kirche** dieser Gemeinde, in der Lange-Rötter-Straße gelegen, feierlich ihrer Bestimmung übergeben.

bld. **Mannheim,** 2. Sept. Montag abend wollte im Floßhafen an der Floßschleuße ein **Motorradfahrer** einem entgegenkommenden Auto ausweichen; dabei geriet er der Böschung zu nahe und stürzte hinab in den Rhein. Während der Motorradfahrer noch rechtzeitig abspringen konnte, fiel der **Beifahrer** in das tiefe, reißende Wasser und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

DZ. **Boxberg**, 2. Sept. Das prächtige Wetter am Sonntag führte unserem Orte eine große Anzahl jetzt außerhalb wohnender Söhne und Töchter zu, die sich mit den Einheimischen vereinigten zur Feier des **Heimattages**. In der Turnhalle hielt bei dem offiziellen Auftakt des Festtages der Karlsruher Dichter Heinrich **Vierordt** die Festrede. Nachmittags bewegte sich ein Festzug durch den Ort nach der Burgruine, wo das von Pfarrer **Reichwein** eigens gedichtete Heimatspiel „Frankentreue", ein Stück Geschichte Alt-Boxbergs zur Aufführung gelangte.

DZ. **Erbach**, 1. Sept. Der kürzlich verhaftete Georg **Konrad** aus Erbach i. O., der stets leugnete, seine **Geliebte ermordet** zu haben, hat jetzt ein volles Geständnis abgelegt.

bld. **Rastatt**, 2. Sept. Um falschen Gerüchten, die hier im Umlauf sind, vorzubeugen, wird amtlich mitgeteilt, daß sich in der Stadt Rastatt **kein Fall von spinaler Kinderlähmung** zugetragen hat. Es liegt daher kein Anlaß zu irgendwelchen Befürchtungen vor.

bld. **Kuppenheim** (bei Rastatt), 2. Sept. In der Nacht auf Montag wurde der hiesige **Friedhof** in rohester und brutalster Weise **geschändet**. Auf einigen frischen Gräbern wurden Kreuze herausgerissen, Grabsteine umgeworfen und zum Teil demoliert, Blumen abgerissen und umhergeworfen. Die Gendarmerie konnte Fingerabdrücke finden. Man vermutet, daß es sich um Wanderburschen handelt.

DZ. **Freistett**, 2. Sept. Bei dem gestern vormittag hier niedergegangenen, mit wolkenbruchartigen Regengüssen begleiteten **Gewitter** wurde die 27jährige Karoline **Schnee**, die bei ihren Eltern zu Besuch weilte und ihnen beim Heuen half, auf einer Wiese **vom Blitz getroffen** und sofort getötet.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 1. Sept. Auch der Monat August brachte für die **Freiburger Luftlinien** eine starke Frequenz. Im August wurden auf der Strecke 56, Freiburg—Stuttgart, insgesamt 202 Fluggäste, 14 Tonnen Gepäck und Fracht und 29 Kilogramm Post befördert. 100prozentig frequentiert war die Linie Freiburg—Villingen—Konstanz. Sie hat insgesamt 155 Fluggäste und 397 Kilogramm Gepäck, Fracht und Post befördert.

bld. **Badenweiler**, 1. Sept. Mit der Zunahme des Kraftwagenverkehrs wurde der Spaziergang auf der ehemals von Fußwanderern vielbegangenen Straße **Badenweiler—Kandern** zu einem fragwürdigen Genuß. Das Projekt eines **Fußpfades** wenigstens bis Schloß Bürgeln hat dank der Rührigkeit der Ortsgruppe des Schwarzwaldvereins feste Gestalt angenommen. Der erste Abschnitt des Pfades von Badenweiler zum Ortchen Sehringen ist nahezu vollendet. Die Hauptstrecke des Fußweges fällt in das Arbeitsgebiet der Ortsgruppe Kandern des Schwarzwaldvereins.

Biesingen b. Donaueschingen, 30. Aug. Gestern morgen um 10 Uhr brach in einem der größten und ältesten, mit Schindeln gedeckten Gebäude **Feuer** aus. Dank der neu erstellten Wasserversorgung, war es möglich, das Feuer auf das eine Gebäude zu beschränken. Durch das stark auftretende Flugfeuer waren insbesondere die Nachbargebäude, welche ebenfalls Schindeldächer, resp. Schindelgiebel haben, sehr stark gefährdet. Die Abgebrannten, Joh. Schnekenburger und Christian Held, erleiden einen Schaden von etwa 34 000 Reichsmark.

DZ. **Villingen**, 1. Sept. Sparkassendirektor Hermann **Weber** kam **vor 25 Jahren** von der Sparkasse Bruchsal hierher, wo er sich durch seine Fachkenntnisse zu diesem Posten emporarbeitete. Die Städtische Sparkasse hat innerhalb dieser Zeit einen nicht zu unterschätzenden Aufschwung genommen.

bld. **Niederschopfheim**, 2. Sept. Hier lebt bei seinem Sohne der **älteste badische Veteran von 1870/71**, der 98 Jahre alte **Philipp Roth**. Trotz seines hohen Alters ist der Greis noch verhältnismäßig rüstig und geistig regsam, so daß er noch täglich seine Spaziergänge macht und für die Ereignisse der Zeitgeschichte reges Interesse bekundet.

bld. **Stockach**, 2. Sept. Ein großer Teil des Amtsbezirks wurde gestern nachmittag von einem **schweren Gewitter** heimgesucht, das stellenweise von starkem **Hagelschlag** begleitet war. Aus Zizenhausen wird berichtet, daß dort die Hagelkörner die Größe von Wallnüssen hatten und so dicht wie die Schneeflocken im Winter fünf Minuten lang niederprasselten. Die Gegend glich in kurzer Zeit einer Winterlandschaft. Was das Unwetter am ersten Julisonntag noch in den Gärten verschont hatte, ist jetzt vollständig vernichtet. Das Unwetter war von starken elektrischen Entladungen begleitet.

DZ. **Ahausen** am Bodensee, 1. Sept. Das 2½jährige Kind des Landwirts Jos. Welte aß **Tollkirschen**, nach deren Genuß es unter gräßlichen Schmerzen **starb**.

DZ. **Heiligenberg**, 1. Sept. Während seines Jagdaufenthaltes in Steiermark **erkrankte Erbprinz Karl Egon zu Fürstenberg**. Im Sanatorium „Löw" mußte er sich einer Blinddarmoperation unterziehen, die gut verlaufen ist.

Staatsanzeiger

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden. Monat Juli des Rechnungsjahres 1930.

(Beträge in Tausend Reichsmark.)

A. Ordentlicher Haushalt.

	Jahressoll (Haushaltssoll)	Ist-Einnahme oder Ist-Ausgabe: seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich Juni 1930	im Juli 1930	zusammen
	1	2	3	4
I. Einnahmen:				
1. Steuern (nach Abzug der Überweisungen an die Gemeinden und Kreise)	142 355	32 969	20 271	53 240
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe (nach Abzug von Zuschüssen)	6 783	1 371	1 000	2 371
3. Sonstige Einnahmen:				
a) Justiz	15 640	3 602	1 398	5 000
b) Unterrichtswesen, Wissenschaften u. Künste, Kultus	22 897	5 206	2 193	7 399
c) übrige Landesverwaltung	51 980	8 346	2 869	11 215
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	239 655	51 494	27 731	79 225
II. Ausgaben:				
1. Justiz	22 669	5 576	2 017	7 593
2. Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	88 637	22 064	7 881	29 945
3. Wohnungswesen	5 900	—	889	889
4. Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung	24 822	6 219	2 114	8 333
5. Sonstige Ausgaben	91 322	18 648	7 303	25 951
Ausgaben insgesamt	233 350	52 507	20 204	72 711
Einnahmen insgesamt	239 655	51 494	27 731	79 225
Mithin Mehrausgabe	—	1 013	—	—
Mehreinnahme	6 305	—	7 527	6 514

B. Außerordentlicher Haushalt.

	Haushaltssoll für 2 Jahre			
I. Einnahmen:				
a) Finanzgesetz, Anleiheaufnahme für das Wohnungswesen	26 982			
b) Rest- und Administrativkredite	5 852			
Insgesamt	32 834	8 231	745	8 976
II. Ausgaben:				
1. Verkehrswesen	885	107	75	182
2. Wohnungswesen	18 000	7 899	500	8 399
3. Sonstige Ausgaben der Hoheitsverwaltungen	19 554	1 594	964	2 558
4. Zuschüsse für Unternehmungen und Betriebe	195	110	26	136
5. Rest- und Administrativkredite	12 309	— *)	— *)	— *)
Ausgaben insgesamt	50 943	9 710	1 565	11 275
Einnahmen insgesamt	32 834	8 231	745	8 976
Mithin Mehrausgabe	18 109	1 479	820	2 299

Abschluß Juli 1930.

A. Ordentlicher Haushalt.

Mehreinnahme aus den Monaten April bis einschließlich Juli 1930 . . . . . 6 514

B. Außerordentlicher Haushalt.

Mehrausgabe aus den Monaten April bis einschließlich Juli 1930 . . . . . 2 299

*) Die Ist-Ergebnisse der Rest- und Administrativkredite sind unter den Ziffern 1 bis 4 mitenthalten.

Anmerkung: Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzug und die teils vorschußweise Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zuverlässige Schlußfolgerungen auf den Abschluß der Hauptstaatsrechnung auf Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan aus obiger Darstellung nicht ziehen.

Karlsruhe, den 27. August 1930.

Der Minister der Finanzen:
Dr. Schmitt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Verliehen:

Dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Reinhard **Mecke** die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Heidelberg.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Professor Dr. Ferdinand **Gutheim** an der Rotteck-Oberrealschule in Freiburg i. Br., Professor August **Kramer** an der Helmholtz-Oberrealschule in Karlsruhe, Hauptlehrerin Josefa **Frielinghaus** in Mannheim.

Gestorben:

Direktor Heinrich **Wolf** an der Volksschule in Singen a. H. am 26. August 1930.

Ludwig Schweisgut
Erbprinzenstraße 4 (beim Rondellplatz)
Flügel und Pianinos
Nur allerbeste Fabrikate
Alleinvertreter von:
Bechstein • Blüthner
Grotrian-Steinweg
Schiedmayer & Söhne
Thürmer • Wolfframm
Mannborg-Harmoniums
Große Auswahl — Besichtigung erbeten
390

Q.836. **Karlsruhe.** Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma **Arthur Trautmann**, Ledergroßhandlung in Karlsruhe, Adlerstr. 7, wurde nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs vom 26. August 1930 aufgehoben.

Karlsruhe, 29. Aug. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

Kommunaldarlehen 509
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Zwangsversteigerung.

Im Zwangswege versteigert das Notariat II Karlsruhe, am

Dienstag, den 21. Oktober 1930, vormittags 11 Uhr,

im Rathause zu Neuburgweier, das Grundstück des Karl Kastner, Maurer, in Neuburgweier, auf Gemarkung Neuburgweier.

Die Versteigerung wurde am 1. April 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 1. April 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben, oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrieb:

Grundbuch von Neuburgweier Band 6 Heft 35:
Lgb. Nr. 298/5: 5 Ar 11 Quadratmeter Bauplatz (jetzt überbaut). Schätzungswert: 8200 RM.

Karlsruhe, den 29. August 1930. Q.838
Badisches Notariat II — als Vollstreckungsgericht.

Polizeibeamtenstelle.

Bei der Stadtgemeinde Engen ist alsbald eine Polizeibeamtenstelle neu zu besetzen. Der Anstellung hat eine 6monatige Probezeit vorauszugehen, nach deren Ablauf Anstellung nach Gruppe III des städtischen Besoldungstarifs erfolgt. Die Stelle ist Versorgungsanwärtern vorbehalten. Bewerber, bei denen die Voraussetzungen des § 7 der Dienstweisung für Gemeindepolizeibeamte zutreffen, wollen ihre Bewerbungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und Dienstzeugnissen bis **15. September d. J.** hierher einreichen.

Engen, den 27. August 1930. K.553
Gemeinderat.

Wanzen! Wanzen! 438
welch ein Schreck,
mit **SO 2** schafft's Höllstern weg
F. Höllstern, Ungezief.-Vernicht.-Anstalt Herrenstr. 5, Tel. 5791.

Karlsruhe. Q.834

Güterrechtsregistereinträge.

1. Zu Band I Seite 460: **Pinter Abraham Mendel** genannt Max, Kaufmann in Karlsruhe und Sissel Leia genannt Sophie geb. **Katz**. Gütertrennung gemäß §§ 1419, 1426 BGB. seit 6. Juli 1930. 25. 8. 1930.

2. Seite 461: **Holeisen Heinrich**, Kaufmann, Karlsruhe, und Elisabeth geb. Arnheiter. Vertrag vom 8. August 1930. Gütertrennung.

3. Seite 462: **Hund**, Fritz, Kaufmann, Karlsruhe, und Sofie geb. Brudy. Vertrag vom 24. Juni 1930. Gütertrennung. 26. 8. 30.

4. Seite 463: **Voigtländer, Otto**, Kaufmann, Karlsruhe, und Emma geb. Wulff. Gütertrennung gemäß §§ 1419, 1426 BGB. seit 7. Juni 1925. 27. 8. 1930.

Amtsgericht Karlsruhe.

Vereinsregister.

Karlsruhe. Q.835

Vereinsregistereinträge.

1. **Ev. Kinderschulverein in Karlsruhe-Rüppurr.**

2. **Verband von Natur aus leicht mineralisierter Heilquellen Deutschlands**, Karlsruhe i. B. 26. 8. 30.

Amtsgericht Karlsruhe.

Gelegenheitskauf.
1 Ledersessel
wird billig abgegeben.
A. Kammerer
Bürgerstraße 5. 555

Inserieren bringt Gewinn!

Druck G. Braun, Karlsruhe